sei nach der Schweiz gefahren, und zwar im August 1917, habe gehört, aber nicht gesprochen, auch diese Unterhaltung habe kein positives Angebot dargestellt. Der Artikel spricht schließlich von den Bemühungen Baron von der Lancken im Oktober 1917, eine Unterredung mit Briand in der Schweiz zu erlangen, von dieser Angelegenheit habe Ribot in der Kammer gesprochen. Kurz nachdem Painlevé Ministerpräsident geworden sei, habe der belgische Industrielle Baron Lappe (der übrigens ein naher Verwandter des damaligen belgischen Ministerpräsidenten Broqueville ist), Briand vorgeschlagen, sich in einem neutralen Land, in der Schweiz, mit Baron von der Lancken, der vom Kaiser plein pouvoir habe, Friedensvorschläge zu unterbreiten, die die Rückerstattung Elsaß-Lothringens an Frankreich enthielten, zu treffen. Der schlechte Ruf, den Lancken in Paris zurückgelassen habe, habe die Regierung vorsichtig gemacht gegen Vorschläge, die schließlich die Absicht gehabt haben könnten, kompromittierende Verhandlungen einzuleiten. Dieser Eindruck sei durch die nicht weniger kategorischen Erklärungen Balfours und Sonninos verstärkt worden. Man beschloß deshalb, nicht darauf einzugehen. In der Umgebung Briands hätte man aber die Angelegenheit ernster aufgenommen. Briand habe Kenntnis gehabt von den Bemühungen Kaiser Karls, habe geglaubt, Kaiser Wilhelm habe davon gehört und wolle nun das Präveniere spielen. Am 16. Oktober hätten sich in der Kammer in geheimer Sitzung Ribot und Briand über die Angelegenheit ausgesprochen, und einige Tage später habe Ribot dem Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten alle Dokumente über diese Angelegenheit übermittelt, und dieser habe entschieden, daß Ribot mit aller notwendigen Vorsicht, die die Ereignisse geboten hätten, gehandelt habe.

Auch aus diesem Bericht geht hervor, daß erstens im Herbst 1917 ein ehrenvoller Friede für Deutschland möglich gewesen wäre, und daß zweitens Oesterreich-Ungarn schon damals von unüberwindlicher Kriegsmüdigkeit beseelt war, die unsre leitenden Männer doppelt zu raschem Kriegsschluß anspornen mußte.

•

Kühlmanns Achselzucken.

Unter der Ueberschrift Aus kritischen Tagen veröffentlicht Philipp Scheidemann im Vorwärts auszugsweise Notizen, die nach seiner Meinung zur Beleuchtung der Lage im Juli und August 1917 mancherlei beitragen dürften. U. a. befinden sich in diesen Notizen auch Aeußerungen des Staatssekretärs v. Kühlmann, der am 9. September 1917 sich Scheidemann gegenüber sehr zuversichtlich dahin aussprach, daß in drei oder vier Wochen Verhandlungen zwischen England und Deutschland über die belgische Frage im Gange sein dürften. Als Scheidemann später den Staatssekretär an diese Eröffnung erinnerte und nach den englischen Verhandlungen fragte, zuckte dieser die Achseln.

•

Der unvermeidliche Zusammenbruch.

Berlin, 1. August. In dem soeben erschienenen Weißbuch findet sich ein Telegramm des Fürsten Hohenlohe-Langenburg an den Prinzen Max von Baden vom Oktober 1918, in dem Fürst Hohenlohe ausführt, daß nach Meinung einer zuverlässigen Quelle der Schluß der Wilsonschen Note so zu deuten sei, daß der einzige Weg zu einem einigermaßen erträglichen Frieden kaum anders als über die Abdankung des Kaisers führe. Nach der Meinung des Gewährsmannes würde eine solche Tat des Kaisers es Wilson leichter machen, zugunsten seiner Friedenspläne auf den Senat einzuwirken, der in der letzten Zeit Einfluß im Sinne einer gänzlichen Unterwerfung Deutschlands gewinne. Gleichzeitig würde durch sie die Friedensströmung in den übrigen Verbandsstaaten gestärkt werden.

Dem Gewährsmann zufolge sei die Schwäche unsrer militärischen Lage den Amerikanern zu bekannt, um bei ihnen selbst im Falle eines Aufrufes zur nationalen Verteidigung über den endgültigen Sieg des Verbandes Zweifel aufkommen zu lassen. Deutschlands Zusammenbruch sei nur eine Frage der Zeit. Sollte versucht werden, den Endkampf hinauszuschieben, so würde das als ein neuer Beweis des Vorwiegens militärischer Einflüsse betrachtet werden und den Verdacht nähren, daß man sich auf Deutschlands innerpolitische Wandlung nicht verlassen könne.

•

Ludendorffs Verteidigung.

Ludendorff nimmt in einem längeren Aufsatz des Lokalanzeigers zu dem gestern veröffentlichten Weißbuch Stellung. Er schreibt unter anderm:

Nach dem Eindruck, den ich erhalten habe, gibt die amtliche Vorbereitung eine durchaus einseitige und entstellende Darstellung der Geschichte und zieht einseitige und falsche Schlüsse. Mir wird z. B. ein Stimmungsumschwung am 17. Oktober vorgeworfen und behauptet, ich hätte unbestimmte Angaben gemacht. Demgegenüber stelle ich fest, daß am 29. September vom Generalfeldmarschall und mir dem Staatssekretär von Hintze gegenüber, am 2. Oktober vom Major von dem Bussche dem Reichstag gegenüber ausgesprochen wurde, daß wir nur auf einen Frieden eingehen könnten, der uns eine Lebensmöglichkeit sichert. Ebenso dürfte kein Waffenstillstand geschlossen werden, der uns wehrlos machte. In diesem Sinne hatte sich auch Prinz Max am 5. Oktober ausgesprochen, indem er ausführte, daß wir fest entschlossen seien, auch noch schwerere Opfer zu bringen, wenn es unabänderlich ist.

Ueber die Notwendigkeit des Weiterkämpfens herrschte also volle Einigkeit zwischen Reichsleitung und Oberster Heeresleitung. Diese hielt bis zum 17. Oktober an. Nach Ansicht der Obersten Heeresleitung ließ die zweite Wilsonnote keinen Zweifel mehr an der Notwendigkeit, weiter zu kämpfen, falls wir nicht kapitulieren wollten. Ich dachte nicht an einen plötzlichen Abbruch, sondern zunächst an die Feststellung, was der Feind eigentlich wolle. Die Fragen, die mir von seiten der Reichsleitung vorgelegt wurden, waren soldatisch überhaupt nicht zu beantworten. Am 17. Oktober sagte ich: „Es wurden schon früher eine Reihe von Fragen an mich gestellt, die präzise zu beantworten ganz ausgeschlossen ist. Der Krieg ist kein Rechenexempel.“ Ich habe mich genau so ausgedrückt wie die beiden zur Reichsleitung herangezogenen Generale. Auch General v. Gallwitz äußerte am 28. Oktober, daß wir den Widerstand noch eine ganze Weile fortsetzen könnten, daß er sich aber nicht auf eine bestimmte Zeit festlegen könne.

Der General schreibt weiterhin: Wie tendenziös die amtliche Vorbereitung aufgestellt ist, geht zum Beispiel daraus hervor, daß nur die Tatsache festgestellt ist, ich hätte die Massenaushebungen als nicht möglich bezeichnet, während ich ausgeführt habe, eine Massenaushebung bringe keinen ausreichenden Kräftezuwachs, wohl aber energische Maßnahmen zur Hebung der Arbeitsleistung und Erfassung des tatsächlich noch vorhandenen Materials.

Staatssekretär Solf will mich gefragt haben: „Können Sie nach drei Monate die Front halten?“ Ich soll darauf geantwortet haben: „Nein!“ Das ist durchaus richtig. Wenn hieraus aber wieder besondere Schlüsse gezogen werden, so ist das falsch. Wir waren in die Hermannstellung zurückgegangen. Diese drei Monate zu halten, schien mir ausgeschlossen. Darum hatte ich auch die

Antwerpen—Maas-Stellung

und eine Grenzstellung erkunden und einrichten lassen. Hier war längeres Standhalten durchaus möglich, sobald Impuls aus der Heimat kam. Auf das Halten in diesen Stellungen bezieht sich mein Nein nicht.

Ueber die Besprechungen des 29. September enthält die Denkschrift nichts, und doch sei diese für den Hergang der Ereignisse von wesentlicher Bedeutung. Er schreibt, er wolle hier nur angeben, daß Staatssekretär v. Hintze zunächst aus inneren Gründen den Systemwechsel für nötig hielt und daß der Generalfeldmarschall und Ludendorff selbst daraufhin erst die militärische Lage feststellten. Herr v. Hintze habe ihm angegeben, daß die neue Regierung bis zum 1. Oktober mittags gebildet werden könne. Nachdem das bis dahin nicht geschehen war, habe er, Ludendorff, nachmittags darauf gedrängt. Ich bemerke ausdrücklich, so schreibt er weiter, daß am 30. September und 1. Oktober keine Ereignisse an der Front eingetreten waren, die die Lage kritischer gestaltet hätten. Der Generalfeldmarschall war mit mir der Ansicht, daß, nachdem auf Grund der Kriegslage der schwere Entschluß gefaßt war, keine Zeit zu verlieren war, um ihn zur Tat umzusetzen.

Gegenüber der Ansicht, daß die Haltung Bulgariens schlimmstenfalls unsern Schritt nach außen hin begründen könnte, erklärt Ludendorff, daß dem Staatssekretär von Hintze klar mitgeteilt worden ist, daß der Zusammenbruch Bulgariens überhaupt der vornehmste Grund für den Friedens- und Waffenstillstandsantrag der Obersten Heeresleitung war.

Die Ereignisse vom 13. August bis 28. September

sind, so schreibt Ludendorff, vollständig einseitig von Herrn von Hintze aufgestellt. Ich soll gesagt haben, ich würde den Feind bestimmt besiegen. Das ist unrichtig. Ich habe allein gesagt: „Ich hoffe, den Feind friedenswillig zu machen.“ In der Sitzung vom 13. August, der sich Herr v. Hintze auffälligerweise nicht entsinnt, haben der Feldmarschall und ich klar und bestimmt geäußert, wir würden durch eine strategische Defensive imstande sein, den Kriegswillen des Feindes zu lähmen und ihn so allmählich zum Frieden zu bringen. Der Ausspruch: „In der angeführten Besprechung zu Vieren hat niemand dieses ausschlaggebende Thema wieder angeschnitten“ ist eine Irreführung ernstester Art. Das Protokoll vom 14. August läßt Herrn v. Hintze selbst sagen: „Der Chef des Generalstabes hat die kriegerische Situation dahin definiert, daß wir den Kriegswillen der Feinde durch kriegerische Handlungen nicht mehr zu brechen hoffen dürfen und daß unsre Kriegsführung sich als Ziel setzen muß, durch eine strategische Defensive den Kriegswillen allmählich zu lähmen.“ Ich fragte Herrn v. Hintze: „Wann hat denn der Chef des Generalstabes diese Ausführungen gemacht?“ Ich will ihm antworten: In der Sitzung vom 13. August. Damit das deutsche Volk weiß, wie der Generalfeldmarschall und ich über Friedensziele gedacht haben, stelle ich fest, daß wir durchaus gewillt waren, in unsern Kriegszielen die Konsequenzen zu ziehen, so wie Herr v. Hintze es am 14. aussprach. Hierüber hatte die Sitzung am 13. gleichfalls volle Klarheit gebracht. Die gegenteilige Behauptung des Herrn v. Hintze ist ebenso falsch, wie seine Angabe, die Kriegslage wäre am 13. nicht in offizieller Form besprochen worden. Ich weise nur darauf hin, daß das Protokoll vom 14. nicht vollständig niedergeschrieben ist. Wann habe ich die große Offensive als nicht mehr möglich bezeichnet? Das könnte doch auch nur am 14. gewesen sein. Ich habe am 14. überhaupt nicht zur Kriegslage gesprochen, denn Herr v. Hintze gab am 14. einen Niederschlag der Besprechung vom 13. wieder.

Das ist das Material, so schließt der General seine Ausführungen, das von der deutschen Regierung dem deutschen Volke gegeben wird, um über seine schwersten Stunden Klarheit zu gewinnen. Vom Schweden habe ich im Februar an den Reichspräsidenten geschrieben und ihn gebeten, durch Gegenüberstellung des Materials, nicht meiner Person wegen, Klarheit zu schaffen. Ich habe Antwort auf dieses Schreiben nie erhalten. Gern hätte ich dem deutschen Volke diesen Streit erspart. Ich hoffe, daß meine im August erscheinenden Kriegserinnerungen zur Klärung der Lage beitragen werden, nicht um niederzureißen, sondern um aufzubauen.

•

Ludendorffs Verteidigungsversuch ist nicht imstande, die Tatsache aus der Welt zu schaffen, daß wir nicht, wie immer und immer wieder behauptet und leider auch von vielen geglaubt wird, der Revolution, sondern der Obersten Heeresleitung den furchtbaren Waffenstillstand zu verdanken haben. Wie Ludendorff dazu kam, nachdem er den Abschluß des Waffenstillstandes binnen 48 Stunden gefordert hatte, späterhin die Notwendigkeit in Zweifel zu ziehen, ist jedem Einsichtigen klar. Als er sah, daß der Stein in das Rollen gekommen und nicht mehr aufzuhalten war, bemühte er sich, gegenüber seinen alldeutschen Freunden die Verantwortung von sich abzuwälzen. Nur so lassen sich seine späteren unbestimmten Antworten und Auskünfte erklären. Schwerlich wären sie erfolgt, wenn Ludendorff im Ernst geglaubt hätte, daß sie den Waffenstillstand aufhalten und zur Fortsetzung des aussichtslosen Mordens führen könnten, für das dann in noch höherem Maße als jetzt er allein die Verantwortung vor aller Welt hätte tragen müssen.

Beamtenfragen in Weimar.

72. Sitzung vom 1. August, 9½ Uhr.

Am Regierungstisch Dr. David, Erzberger, Schmidt.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst kleine Anfragen. — Auf Anfrage Dr. Mittelmann (D. Vp.) erwidert Ministerialdirektor Dr. Mäder, daß den Veteranen von 1870/71 eine einmalige Zuwendung in der Höhe des doppelten Betrages von 1917 und 1918 gemacht werden solle. — Auf Anfrage Dr. Oberfohren (Dnat. Vp.) erwidert ein Regierungsvertreter, daß die Aufklärung des Sachverhalts über die Erschießung eines Kaufmanns in Kaiserslautern durch einen französischen Soldaten und die Tötung eines andern Kaufmanns noch nicht abgeschlossen ist. — Auf Anfrage Erkelenz (Dem.) teilt Geheimrat Dr. Tiburtius mit, daß die Unterbringung von entlassenen Reichswehrangehörigen in Verbindung mit der Reichszentrale der Arbeitsnachweise geschehen werde.

Auf eine Anfrage des Abg. Weylich (Dnat. Vp.) über die

Rückkehr der Kriegsgefangenen

erklärt Abg. Stücklen (Soz.) als Regierungskommissar: Der Friedensvertrag tritt erst dann in Kraft, wenn auch seine Ratifikation durch drei Hauptmächte unsrer Gegner erfolgt ist. Die deutsche Regierung hat auf ihre Noten betreffend den Abtransport der Gefangenen bis jetzt noch keine zusagende Antwort erhalten. Sie hat weder die Möglichkeit noch die Macht, die Verhandlungen zu beschleunigen. Die Internierung in der Schweiz ist dank den Bemühungen der Schweiz aufgehoben. Alle Nachrichten der Presse über unmittelbar bevorstehenden oder bereits im Gange befindlichen Abtransport der Gefangenen sind irrtümlich und steigern die Beunruhigung in der Bevölkerung. Die aus Deutschland nach Versailles abgereiste Kommission zu unmittelbaren Verhandlungen mit Frankreich über den Wiederaufbau hat noch keinen Erfolg gehabt. Noch keinem deutschen Bauunternehmer ist es gestattet worden, das betreffende Gebiet zu besichtigen. Mit der Auslieferung der Gefangenen steht der Wiederaufbau nach dem Friedensvertrage in keiner Verbindung. Die Ansicht, als ob freie Arbeiter zum Austausch gegen Gefangene angeboten werden könnten oder müßten, ist irrtümlich. Die Fürsorge für die Kriegsgefangenen wird in jeder nur erdenklichen Weise ohne Rücksicht auf die Kosten fortgeführt.

Auf Anfrage Dr. Mittelmann über das ehemalige Heim der deutschen Botschaft in Rom wird die Antwort erteilt, daß Verhandlungen darüber schweben. Auf Anfrage Kunert (U. Soz.) über Maßnahmen zur Verwendung allen Obstes zur Volksernährung teilt Geheimrat Dr. Beyerlein mit, daß nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Obsternte für die Marmeladenindustrie verwandt werden soll in Rücksicht auf den voraussichtlich auch noch im nächsten Jahre anhaltenden Fettmangel. Für die Mostbereitung werde kein Zucker zur Verfügung gestellt werden. Die Interpellationen der beiden Parteien der Rechten über die Kohlenversorgung wird zurückgestellt, weil Reichswirtschaftsminister Schmidt mitteilt, daß Verhandlungen zur Behebung der Kohlennot schweben.

Nunmehr folgt die Interpellation der beiden Parteien der Rechten über

Beamtenfragen.

Abg. Dr. Most (D. Vp.) begründet die Interpellation. Sie ist veranlaßt worden durch die Not von Millionen deutscher Beamtenfamilien. Der Beamte darf nicht streiken. Er hat Sonderpflichten, weil er Sonderrechte hat. Um so mehr hat auch der Staat die Pflicht, diese Rechte zu wahren. Das tut er aber nicht, wenn er in immer steigendem Maße Beamtenstellen mit Parteimännern besetzt, denen die entsprechende Vorbildung und Erfahrung abgeht. (Sehr richtig! rechts.) Früher sagte man: Der Gardeleutnant kann alles. Heute muß man aber sagen: Der sozialdemokratische Parteisekretär macht alles. Wenn es nicht so traurig wäre, es wäre zum Lachen. Dadurch wird das Vertrauen der Bevölkerung in die Unparteilichkeit der Beamten stark erschüttert, vor allem aber ist dieses System außerordentlich teuer. Wir wünschen einen Schutz des Beamtentums gegen das Uebermaß der Parlamentarisierung und der Politisierung und verlangen die Schaffung eines neuen Beamtenrechts. Redner spricht dann über die schlechte wirtschaftliche Lage der Beamten und vergleicht das geringe Einkommen einzelner Beamtenklassen mit dem hohen Einkommen gewisser Arbeiterkategorien. Eine rasche und durchgreifende Besoldungsreform muß kommen. (Beifall rechts.)

Minister des Innern Dr. David:

Es ist mir ein dringendes Bedürfnis, der deutschen Beamtenschaft meine wärmste Anerkennung für ihre überaus pflichttreue und aufopfernde Arbeit auszusprechen. Ein gutes Beamtentum ist Lebensbedingung für das neue Deutschland. Auf der Pflichttreue von unten beruht die Stärke der Demokratie. Im Einvernehmen mit dem Finanzminister bin ich der Ansicht, daß eine Neuordnung der Besoldung, des Pensionswesens und der Hinterbliebenenfürsorge unbedingt nötig ist. Erst muß aber Klarheit geschaffen werden über unsern zukünftigen Beamtenstand und über die finanzielle Leistungsfähigkeit von Reich und Einzelstaaten. Die Schuld für die heutige Lage trifft das alte System, das eine durchgreifende Reform der Beamtenbesoldung schon vor dem Kriege versäumt hat. So ist ein großer Teil der Beamten in schwere Not gekommen. Die Regierung ist sich des Ernstes der Lage durchaus bewußt. Zunächst werden wir mit Teuerungszulagen der Notlage entgegentreten, soweit es mit der Finanzlage irgendwie zu vereinbaren ist. Wie weit eine einmalige Entschuldung der Beamten vorgesehen werden kann, ist noch nicht zu überblicken, aber eine baldige Klarheit ist in Besprechungen mit den Beamtenverbänden in Aussicht genommen, und diese Konferenz wird am 12. August in Berlin stattfinden.

Wir werden manchen alten Zopf abschneiden.

Ein Rat für Beamtenfragen im Reichsministerium des Innern hat seine Arbeiten bereits am 1. August aufgenommen. Das Disziplinarrecht wird freiheitlicher und einheitlich für alle Beamten gestaltet werden. Die Beamten sind nicht mehr bloß Objekt, sondern Subjekt der Gesetzgebung, und das ist ein Vorzug des neuen Systems. Das neue parlamentarische System wird schneller als bisher die berechtigten Forderungen der Beamten erfüllen. Ein großer Vorzug des neuen Systems ist, daß der Beamte politisch nichts mehr zu fürchten hat. Er kommt nicht mehr zu den regierenden Herren, nicht zu einem Chef, sondern zu dem parlamentarischen Kollegen, der neben ihm steht. Der Beamte wird den Segen des parlamentarischen Systems immer mehr empfinden und sich nicht noch dem alten System zurücksehnen. Neben der vollen Möglichkeit, an allem Kritik zu üben, auch an den obersten Vorgesetzten, hat er auch das Recht der Ablegung seines politischen Bekenntnisses. Der Beamte kann auch berufen sein, Schöpferisches zu leisten. Ein jeder trägt so den Marschallstab für die leitenden Stellen im Tornister. (Beifall.)

Abg. Koenen (U. Soz.): Es ist erstaunlich, wie die Herren von der Rechten sich jetzt auf einmal für die Beamten erwärmen. Das ist Stimmungsmache. (Unruhe rechts.) Wir treten ein für Koalitionsfreiheit und auch für Streikrecht der Beamten. Bei den Disziplinargerichten müssen Beamte als Laienrichter zugelassen werden. Ferner verlangen wir eine Gesetzvorlage über Beamtenräte. Dem Aufstieg der Befähigten darf kein Hindernis mehr bereitet werden. Wir wünschen ein freies Beamtentum ohne Kriecherei. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Allekotte (Zentr.): Wir sind stets mit Nachdruck für die Forderungen der Beamten eingetreten. Die neuzeitliche Regelung der Beamtenfragen bewirkt man am besten in Verbindung mit den Beamtenorganisationen. Angesichts der Notlage halten wir eine durchgreifende Besoldungsreform für erforderlich in Verbindung mit einer durchgreifenden Personalreform. Als Meinung meiner Fraktion erkläre ich, daß die Beamten kein Streikrecht verlangen dürfen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Remmers (Dem.): In Beamtenkreisen ist vielfach die Auffassung verbreitet, als ob die Nationalversammlung sich ihrer Verpflichtungen gegenüber den Beamten nicht bewußt gewesen sei. Das ist durchaus unrichtig. Die Nationalversammlung hat sich bemüht, im Verfassungsentwurf vor allem die Grundrechte der Beamten zu sichern. Allerdings müssen wir lebhaft bedauern, daß die Frage der Gewährung einer einmaligen Teuerungszulage noch nicht zum Abschluß gebracht ist. Trotz dem Widerstande Preußens muß diese unter allen Umständen gegeben werden, denn nur dadurch kann der wachsenden Gärung und Radikalisierung im Beamtentum vorgebeugt werden. Schon die Tatsache, daß die Streikfrage in Beamtenkreisen ernstlich diskutiert wird, ist ein bedrohliches Zeichen. Nur bei ernstlichem Willen der Reichsregierung zur alsbaldigen Inangriffnahme der großen Beamtenreform und zu einer Lösung der Frage zur Befriedenheit der Beamtenschaft wird vielleicht auch die Zeit kommen, wo die Streikfrage in Beamtenkreisen überhaupt nicht mehr erörtert wird. Die Besoldungsreform muß schleunigst in Angriff genommen werden, aber es wird dabei nicht bloß auf die Fixigkeit, sondern auch etwas auf die Richtigkeit ankommen, vor allem muß mit den vielen Besoldungsklassen gründlich aufgeräumt werden und im übrigen die Annahme- und Anstellungsbedingungen für alle Verwaltungen nach Möglichkeit vereinheitlicht werden. Ernst gemacht muß auch mit der Gleichstellung der weiblichen Beamten werden. Mit dem Gedanken des alten preußischen Staatsdienerverhältnisses muß gründlich aufgeräumt werden. Wir brauchen nicht nur ein einheitliches, sondern auch ein freiheitliches Beamtenrecht. Zu dem Zwecke muß aber endlich einmal mit den Eifersüchteleien zwischen den verschiedenen Verwaltungen aufgeräumt werden. Das Ziel wird sein müssen, mit möglichst wenigen, aber leistungsfähigen und gutbezahlten Beamten zu arbeiten. Was man als Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft gewährt hat, kann man der Beamtenschaft nicht vorenthalten, und man sollte doch auch hier endlich einmal das Mißtrauen fallen lassen. (Beifall.)

Abg. Deglerk (Dnat. Vp.): Nach Aeußerungen des Volksbeauftragten Ebert und andrer Minister im Reich und Preußen befürchteten die Beamten, daß ihnen die Pensionsberechtigung und die unkündbare Anstellung genommen werden sollte. Wenn einmal die Sozialdemokraten wirklich eine Mehrheit bekommen sollten, werden den Beamten auch die Bestimmungen der Verfassung über das Beamtenrecht nichts nützen. Hat doch der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei die Verfassung als ein papiernes Werk bezeichnet. Wenn so wie jetzt mit dem Gelde geschleudert wird, müssen auch die Mittel für die Beamten geschafft werden. Anderseits könnten manche Kosten von parlamentarischen Ministern und Unterstaatssekretären erspart werden. Den

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19190802/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG